kp_i

Rechtsextremismus in Bergedorf

eine Stadtteilanalyse · Kurzversion · erstellt durch das Kommunalpädagogische Institut Hamburg (kp_i)

Regionalanalyse zu rechtsextremen AkteurInnen und Aktivitäten sowie des zivilgesellschaftlichen und staatlichen Engagements dagegen für den Bezirk Bergedorf

MBT hamburg
mobiles beratungsteam gegen rechtsextremismus

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg ist ein Projekt von Arbeit und Leben e.V. und der DGB Jugend Nord. Im Rahmen des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN wird es gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Behörde für Arbeit, Soziales Familie und Integration Hamburg

Das MBT ist Teil des Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Hamburg und erreichbar unter der Telefonnummer der Erskontaktstelle 040 428 63 36 25.

Arbeit und Leben Hamburg
DGB Jugend
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
TOLERANZ FÖRDERN KOMPETENZ STÄRKEN
Hamburg

Vorwort

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus ist spätestens seit Ende 2011 wieder von höchster Aktualität. Durch das Bekanntwerden der rechtsextremistischen Terrorzelle »NSU - Nationalsozialistischer Untergrund« und der durch diese Gruppierung verübten Morde ist das Thema Rechtsextremismus nicht nur verstärkt in den Blick zuständiger Behörden, sondern auch in den der Öffentlichkeit gerückt.

Rechtsextremistischen Entwicklungen entgegen zu wirken, ist das primäre Ziel der in vielen Bundesländern etablierten Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus. Eine zentrale Annahme in der Arbeit der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus ist die, dass die Arbeit für die Etablierung, den Ausbau und den Erhalt demokratischer Kultur und Zivilgesellschaft Arbeit gegen Rechtsextremismus ist. Die langfristige Sicherung einer demokratischen Kultur, in der sowohl eine lebendige Zivilgesellschaft existiert und eine demokratische Praxis gelebt wird als auch »demokratiefreundliche« Werte und Einstellungen verankert sind, stellt zugleich einen wichtigen Gegenstand, aber auch ein Ziel der Mobilen Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus dar. Neben einer auf diese Weise ausgerichteten Präventionsarbeit ist die konkrete Beratung und Intervention bei Vorfällen mit einem rechtsextremistischen Hintergrund das eigentliche Arbeitsfeld der Mobilen Beratungsteams. Wichtiger Ausgangspunkt für die Arbeit der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus ist die Analyse und qualitative Beschreibung konkreter regionaler Problemlagen. Darüber hinaus wollen die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus bereits bestehende Strukturen einer demokratischen Zivilgesellschaft sowie einzelne engagierte AkteurInnen in ihre Beratungsarbeit integrieren und auf diese Weise wiederum die durch lokale und zivilgesellschaftliche AkteurInnen geleistete Arbeit unterstützen.

Vor diesem Hintergrund wurde das Kommunalpädagogische Institut Hamburg Mitte 2011 damit beauftragt zu analysieren, welche rechtsextremen Potenziale und Strukturen der Hamburger Bezirk Bergedorf sowie der Stadtteil Bramfeld (Bezirk Wandsbek) aufweisen. AkteurInnen und Aktivitäten mit rechtsextremen Hintergrund stellen dabei zentrale Indikatoren einerseits für das rechtsextreme Potenzial in der jeweiligen Region und andererseits Elemente möglicher rechtsextremer Strukturen dar. Ergänzend dazu sollte das Engagement zivilgesellschaftlicher und staatlicher AkteurInnen gegen Rechtsextremismus in den beiden Regionen untersucht werden.

Inhalt

Vorwort 2
Anlage und Methode der Untersuchung 3
Rechtsextremismus im Bezirk Bergedorf 4
Engagement lokaler zivilgesellschaftlicher und staatlicher AkteurInnen gegen Rechtsextremismus 8
Forschungsdesiderate 17

kp_i ▶MBT hamburg mobiles beratungsteam gegen rechtsextremismus

HerausgeberInnen: Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V. · Vereinsregister: Amtsgericht Hamburg · Registernummer: VR 9937
Kontakt: Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V. · Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg · Telefon: 040 – 284016 – 68 · mbt@hamburg.arbeitundleben.de
V.i.S.d.P.: Horst H. Hopmann · Arbeit und Leben Hamburg · Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg
Durchführung: Kommunalpädagogisches Institut Hamburg, Heinrich-Barth-Str. 13, 20146 Hamburg
Juristische Beratung: · Alexander Hoffmann, Dr. Björn Elberling

Anlage und Methode der Untersuchung

Der Fragestellung wurde methodisch auf zwei Ebenen nachgegangen: Zum einen hat eine ausführliche und umfassende Recherche von Dokumenten und Informationen zum Thema Rechtsextremismus in Hamburg bzw. in den beiden ausgewählten Regionen Bramfeld und Bergedorf stattgefunden. Dieses Material umfasst einen zeitlichen Rahmen von ca. 40 Jahren. Zum anderen wurden insgesamt 20 leitfadengestützte, diskursive Interviews mit regionalen sowie hamburgweiten, überregionalen Expertinnen und Experten zum Thema Rechtsextremismus durchgeführt und anschließend ausgewertet.

Die aus den Interviews mit ExpertInnen und der Dokumentenanalyse gewonnenen Erkenntnisse führen zu einer Art dichten Beschreibung der lokalen rechtsextremen Szene in Bramfeld und Bergedorf im Jahr 2011 und des Engagements zivilgesellschaftlicher und staatlicher AkteurInnen dagegen, die dem Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg in einem umfangreichen Gesamtbericht vorgelegt wurde. Auf Grundlage dieses Gesamtberichts wurden jeweils eigene »Regionalanalysen« für den Bezirk Bergedorf und für den Stadtteil Bramfeld erstellt, die für die interessierte Öffentlichkeit bestimmt sind.

In der hier vorliegenden Kurzfassung werden insbesondere die zentralen Untersuchungs-ergebnisse der Regionalanalyse Bergedorf in kompakter aber auch notwendigerweise stark verkürzter Form dargestellt. Auf einen Nachweis für Fundstellen zu wiedergegebenen Aussagen und die Wiedergabe direkter Zitate wurde nicht zuletzt wegen der besseren Lesbarkeit verzichtet.

Rechtsextremismus im Bezirk Bergedorf

Alle interviewten überregionalen und lokalen ExpertInnen sahen Gründe dafür, sich auch im Jahr 2011 noch mit dem Phänomen Rechtsextremismus und dessen Relevanz für Bergedorf zu befassen. Insbesondere messen sie der Verbindung zwischen dem Auftreten rechtsextremistischer AkteurInnen – und sei es auch nur in der Vergangenheit – und der Geschichte Bergedorfs eine Bedeutung für die bis heute bestehende Attraktivität des Bezirks für rechtsextreme AkteurInnen und Aktivitäten bei. In diesem Zusammenhang wird von der Mehrheit der ExpertInnen die Einschätzung vertreten, dass die Ansiedlung herausragender Führungsfiguren einer in den späten 70er Jahren im Hamburger Stadtgebiet entstehenden neonazistischen Szene in Bergedorf dazu geführt haben könnte, dass diese Region im Verlauf der Jahre immer wieder neues Potenzial an rechtsextremistischen Personen angezogen haben. Außerdem seien infra- und sozialstrukturelle Besonderheiten der untersuchten Regionen mögliche Gründe dafür, dass der Bezirk Bergedorf eine im Hamburger Vergleich höhere Attraktivität für AkteurInnen mit rechtsext remistischem Hintergrund besitzen könnte.

Auch wenn zwischen den ExpertInnen durchaus keine Einstimmigkeit bezüglich der Frage besteht, inwieweit es sich bei diesen AkteurInnen um eine gefestigte rechtsextremistische Szene handelt, vermitteln deren Ausführungen jedoch den Eindruck, dass in Bergedorf auf unterschiedlich hohem Institutionalisierungsgrad Vernetzungen der ansässigen rechtsextremen AkteurInnen untereinander bestehen. Unabhängig davon, wie die grundsätzlich eher als Einzelpersonen wahrgenommenen rechtsextremen AkteurInnen Bergedorfs untereinander vernetzt sind und wie stark die Wechselbeziehungen und das Aktionspotenzial der innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums als bedeutsam angesehenen Personen auch sein mögen, die Interviews mit den ExpertInnen aus Bergedorfer erlauben den Schluss, dass sich zumindest die wichtigsten Figuren untereinander kennen.

Entwicklungen seit den 70er Jahren

Bergedorf fiel bei der Entwicklung des Neonazismus und der Entstehung einer rechtsextremen Szene in Hamburg einezentrale Bedeutung zu. Ab dem Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre verlagerten neonazistische und neofaschistische Parteien und Organisationen ihren Agitationsschwerpunkt nach Bergedorf. Dabei spielte die geographische Lage des Bezirks eine große Rolle. Wie bereits in den 20er Jahren die NationalsozialistInnen besannen sich neonazistischen Gruppen auf eine Strategie der bewussten Ansiedlung in den Außenbezirken Hamburgs. Die räumliche Verlagerung von Wohn- und Agitationszentren in ländlichere Regionen sollte dabei eine effektivere und weniger stark beobachtete Rekrutierungs- und Mobilisierungsarbeit ermöglichen. Ab diesem Zeitpunkt wurde auch der Versuch unternommen, im Stadtteil Lohbrügge Nachwuchs für eine neonazistische Szene zu rekrutieren. Neben den seinerzeit aktiven Organisationen und Parteien wie der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) oder der von AnhängerInnen Michael Kühnens gegründeten »Nationalen Liste« (NL), die ihre offizielle Zentrale bis 1994 in einer ehemals von Thomas Wulff bewohnten Lohbrügger Wohnung hatte, gab es auch schon eine rechtsextreme Skinheadszene in Bergedorf.

Die in dieser Zeit zu verzeichnenden Aktivitäten mit rechtsextremen Hintergrund umfassten Aktionen der benannten Parteien und Gruppierungen, konkrete Straftaten wie Propaganda- und Vandalismus- aber auch Körperverletzungs- und Tötungsdelikte. Ziel der Übergriffe von RechtsextremistInnen waren in erster Linie Personen mit Migrationshintergrund sowie politisch Engagierte, die sich als GegnerInnen des Neofaschismus und Neonazismus positionierten.

Bereits 1982 wurden bei einer Hausdurchsuchung bei einem Mitglied der Bergedorfer neonazistischen Szene im Stadtteil Lohbrügge neben umfangreichem Propagandamaterial mehrere Kilo des Sprengstoffs TNT gefunden. An zahlreichen Wänden und Telefonkästen wurden Mitte der 80er Jahre Hakenkreuze angebracht und Plakate mit Aufschriften wie »Freiheit für Rudolf Hess« oder »Rotfront verrecke« geklebt. Militante NeofaschistInnen um Thomas Wulff führten in der gleichen Zeit sogenannte Wehrsportübungen mit scharfen Waffen durch. 1985 wurde Ramazan Avci von ca. 30 Angehörigen der Neonazi- und Skinhead-Szene, die der sogenannten »Lohbrügger-Army« zugerechnet wurden, verfolgt und erlag den Verletzungen in Folge des Angriffs. Bewaffnete Männer stürmten 1988 eine u.a. von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) organisierte »Rock gegen Rechts«-Veranstaltung in der Gesamtschule Bergedorf.

In dieser Zeit wurden auch (Brand-)Anschläge auf die Büros der GAL sowie der DKP Bergedorf verübt. An der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme wurden mehrfach (neo-)nazistische Schmierereien entdeckt.

Im Zentrum rechtsextremistisch und rassistisch motivierter Übergriffe standin Bergedorf seit jeher auch der autonome Jugendtreff »Unser Haus e.V.« mit dem selbstverwalteten »Café Flop«. Bei diesem wurden Scheiben eingeworfen, mehrfach Gäste bedroht oder mit Flaschen beworfen und 1999 sogar ein Bombenanschlag verübt.

Zu Beginn der 1990er Jahre wurde aus dem Umfeld der »Nationalen Liste« die »Anti-Antifa« gegründet. In Veröffentlichungen der »Anti-Antifa« wurden antifaschistische und antirassistische Initiativen namentlich genannt und die Adressen aller linken Jugend- und Kultureinrichtungen in Bergedorf aufgeführt. Anfang der 90er Jahre kam es außerdem zu gewalttätigen Übergriffen auf einen türkischen Mitbürger sowie auf Besucherinnen und Besucher eines Stadtteilfests in der Bergedorfer Innenstadt. 1999 marschierten insgesamt über 600

AnhängerInnen des rechtsextremen Spektrums und hier insbesondere der »Freien Nationalisten« durch die Bergedorfer Innenstadt, um gegen die Wehrmachtsausstellung zu demonstrieren.

Nach einem leichten Abflauen der Aktivitäten mit rechtsextremen Hintergrund musste Ende der 2000er Jahre eine erneute Zunahme der diesbezüglichen Ereignisse registriert werden. Ein Anlass der Wiederzunahme rechtsextremistisch motivierter Aktivitäten war der geplante Moscheebau in Bergedorf im Jahr 2007. In diesem Zusammenhang wurde eine Veranstaltung im Bergedorfer Wasserturm von ca. fünf bis sechs Personen der rechtsextremen Szene gestört.

AkteurInnen und Akteure

Nicht alle ExpertInnen konnten Auskunft darüber geben, wie sich dieses rechtsextreme Personenpotenzial im Detail zusammensetzt und wie die einzelnen AkteurInnen mit rechtsextremen Hintergrund möglicherweise mit- und untereinander vernetzt sind. Die ExpertInnen, die sich in den Interviews hierzu äußerten, teilen jedoch zunächst allesamt die Einschätzung, dass in Bergedorf eine gewisse Anzahl rechtsextremer AkteurInnen wohne und auch agiere. Inwieweit das rechtsextreme Spektrum im Bezirk Bergedorf derzeit aus sich selbst heraus handlungsfähig sei und es in Bergedorf Personen gibt, die in der Lage wären, einen organisatorischen Wiederaufbau einer rechtsextremen Szene zu bewerkstelligen, wird von den Befragten jedoch unterschiedlich eingeschätzt. Während einerseits die Einschätzung vorliegt, dass in Bergedorf eine wache rechtsextreme Szene ansässig ist, gehen andere davon aus, dass es sich lediglich um einzelne Personen handelt, die dem rechtsextremen Spektrum zuzurechnen seien.

Aktuell geht die Polizei von in etwa 40 bis 50 Personen aus, die in Bergedorf im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Aktivitäten aufgefallen sind. Allerdings seien hierbei auch solche Personen mit eingerechnet, die sich nur besuchsweise oder zur Durchführung von Aktionen in Bergedorf aufhielten und die in immer wechselnden Konstellationen in und um Bergedorf herum aktiv seien. Für das Bergedorfer Kerngebiet und die dort ansässigen neonazistisch und rechtsextremistisch geprägten Personen hingegen macht die Polizei einen Kreis von maximal 15 bis 20 Personen aus. Davon seien derzeit etwa vier bis acht geschulte und gefestigte aktive Kader, die um sich herum einen weiteren Kreis aus mehr oder weniger stark angebundenen SympathisantInnen versammeln würden, die sich durch eine subkulturell rechtsextremistische Prägung auszeichneten.

Stadtteile, in denen bekanntermaßen Personen mit rechtsextremistischem Hintergrund wohnen, seien neben dem gleichnamigen Stadtteil Bergedorf – und hier insbesondere bestimmte Teile von Alt-Bergedorf – zum einen Lohbrügge und zum anderen bestimmte Regionen des Landgebiets, also der Vier- und Marschlande. Mit Lohbrügge ist damit auch heute noch ein Stadtteil für die rechtsextreme Szene bzw. für Angehörige des rechtsextremen Spektrums bedeutend, dem bereits in den 80er Jahren eine wichtige Rolle bei der Entstehung der neonazistischen Strukturen in Hamburg zukam.

Die einzige rechtsextremistische Partei, die derzeit im Bezirk Bergedorf eine Rolle spielt und die im Rahmen der Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen im Februar 2011 angetreten ist, ist die **NPD**. Außer während des Wahlkampfs, in dessen Verlauf es einige öffentlichkeitswirksame Aktionen und Auftritte gegeben habe, sei der NPD-Kreisverband nicht in besonderer Weise wahrnehmbar. Von einigen befragten ExpertInnen wurde allerdings die Vermutung geäußert, dass sich die Strukturen des Rechtsextremismus gegenwärtig wieder verfestigen würden und somit auch eine stärkere Orientierung der extremen Rechten hin zur Etablierung und Stärkung von Parteistrukturen wahrnehmbar sei.

»Freie Kräfte«, beispielsweise AnhängerInnen von neonazistischen Kameradschaften oder aber der »Autonomen Nationalisten«, spielten derzeit laut Ansicht der Befragten in der Bergedorfer rechtsextremen Szene keine bedeutende Rolle. Zwar seien zwei bis drei Personen in Bergedorf wohnhaft, die diesem Spektrum zugerechnet werden können, allerdings treten sie in Bergedorf nicht in Aktion. Dasselbe gelte für AnhängerInnen freier Kameradschaften, die zwar ideologisch für gefestigter gehalten werden als die ortsansässigen NPD-Mitglieder, dafür jedoch innerhalb der rechtsextremen Szene vor Ort kaum in Erscheinung treten würden. Wenn AkteurInnen der freien Kräfte in Bergedorf auftreten würden, dann geschehe dies im Wesentlichen unterstützend im Umfeld von Partei-Aktivitäten. Freie Kameradschaften seien jedoch nicht selbständig in der rechtsextremen Szene Bergedorfs verankert.

Als zentrale Person, die in den letzten Jahren, aber auch schon in den 80er Jahren, im Bezirk Bergedorf aktiv war bzw. in Erscheinung getreten ist, ist Thomas Wulff zu nennen. Thomas Wulff hat seit November 2010 die Funktion des Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes Bergedorf inne. In dieser Funktion leitete er auch den Wahlkampf der NPD für die Bürgerschaftswahl in Hamburg im Februar 2011 und trat durch einige öffentlichkeitswirksame Aktionen in Bergedorf in Erscheinung. Trotz der Übernahme der Bergedorfer NPD durch Thomas Wulff sei es jedoch nach wie vor ruhig um die Partei und die Personalie Wulff habe bislang im Bezirk – außer im besagten Wahlkampf – zu keiner gesteigerten Präsenz der NPD geführt. Seit dem Ende des Wahlkampfes zu Beginn des Jahres 2011 sei Wulff vielmehr »wie vom Erdboden verschluckt«.

Weitere Personen des rechtsextremen Spektrums Bergedorfs, die allerdings keiner Organisation zugeordnet wurden und über deren Aktivitäten, Relevanz und Vernetztheit mit der rechtsextremen Szene nur wenige Aussagen getroffen wurden, sind Marius Edahl, der sich bereits in den 2000ern an der Bürgerinitiative »Für ein sicheres Bergedorf« beteiligte, sowie Martin Eggers und Andreas Knüppel.

Das rechtsextreme Spektrum Bergedorfs zeichnet sich aktuell u.a. dadurch aus, dass der Kern aus gefestigten Partei-Kadern von einem relativ weitläufigen Kreis aus SympathisantInnen, die ihrerseits einen

unterschiedlich hohen Institutionalisierungsgrad aufweisen und die im weitesten Sinne als subkulturelles Milieu mit rechtsextremistischer Prägung verstanden werden können, umgeben ist. In diesem Milieu, innerhalb dessen Kontakte zum gefestigten rechtsextremistischen und neonazistischen Personal bestünden, treten in Bergedorf immer wieder Personen auf, die von ihrem äußeren Erscheinungsbild her letztlich dem Spektrum an Personen zugerechnet und als subkulturell geprägtes rechtsextremistisches Milieu bezeichnet werden könnten.

Zwischen all diesen unterschiedlichen AkteurInnen – von der NPD bis hin zu den »Autonomen Nationalisten« – existiere eine punktuelle und anlassbezogene Kooperation. Darüber hinaus seien die Bergedorfer Parteikader auch überregional, nicht zuletzt in die östlichen Randgebiete Hamburgs sowie in die ostdeutschen Bundesländer hinein, gut vernetzt. Die unterschiedlichen AkteurInnen innerhalb des Kreises, der den Kern umgibt, unterscheiden sich hinsichtlich mehrerer Dinge voneinander: Zum einen haben sie eine unterschiedliche ideologische Nähe zu jenem Kern, da sie in ihrer jeweils eigenen Gesinnung einen unterschiedlich starken Festigungsgrad aufweisen (beispielsweise bloße SympathisantInnen einerseits und Angehörige der unterschiedlichen freien Kräfte andererseits). Darüber hinaus bestehen zwischen den AkteurInnen dahingehend Unterschiede, dass nicht alle von ihnen direkten Kontakt mit den Personen haben, die zum Kern gezählt werden können. Die Verbindungen zwischen gefestigten und geschulten Parteikadern und Personen aus einem eher lose gefassten, subkulturellen SympathisantInnenkreis verlaufen dabei nicht selten über persönliche Kontakte und Freundeskreise. Eine wichtige Funktion im Zusammenhang der Vernetzung komme Personen oder Gruppierungen zu, die Schnittstellenpositionen bedienen könnten und sowohl Kontakt zu den gefestigten rechtsextremistischen Personen als auch zu weitestgehend unpolitischen, aber möglicherweise für die rechtsextremistische Ideologie empfänglichen Personengruppen hätten.

Aktivitäten

Neben der großen Bedeutung, die Bergedorf ab den späten 70er Jahren für die Entwicklung des Rechtsextremismus in Hamburg zukam, sowie angesichts des verstärkten Agierens rechtsextremer AkteurInnen in den späten 2000ern, zuletzt im Rahmen der **Bürgerinitiative »Für ein sicheres Bergedorf«** und gegen den Moscheebau, scheint Bergedorf auch heute noch ein wichtiges Aktionsgebiet rechtsextremer AkteurInnen zu sein. Ob Bergedorf jedoch den Ruf, weiterhin eine »Hochburg der Neonazis« zu sein, zu Recht habe, ist unter den befragten ExpertInnen umstritten. Die aktuelle Situation sei im Vergleich zu früheren Zeiten zwar ruhiger bzw. weniger aktionsreich. Dies bedeute allerdings nicht, dass es in den vergangenen zwei Jahren im Bezirk Bergedorf nicht zu Ereignissen und Aktivitäten mit rechtsextremen Hintergrund gekommen wäre. Aber auch diese Feststellung wird nicht von allen Befragten gleich interpretiert: Während VertreterInnen staatlicher Institutionen die Abnahme der Vorfälle in erster Linie darauf zurück führen, dass die Bergedorfer rechtsextreme Szene aus sich selbst heraus derzeit nicht aktionsfähig sei, stellen zivilgesellschaftliche AkteurInnen diesen Zustand zwar ebenfalls fest, vermuten dahinter jedoch eine Phase der Umstrukturierung und Reorganisation der rechtsextremen Szene und somit letztlich ihren bewussten Rückzug als Vorbereitung darauf, mit gesteigertem Aktionspotenzial in die Öffentlichkeit zurückzukehren. Insbesondere die Anzahl der wahrgenommenen bzw. der berichteten Straftaten rechtsextremistischer AkteurInnen variiert zwischen den unterschiedlichen befragten Personen.

Für die ersten neun Monate des Jahres 2011 ist hamburgweit eine Gesamtzahl von 180 Straftaten im Bereich der politisch motivierten Kriminalität registriert worden. Hiervon seien elf auf den Bezirk Bergedorf entfallen. Während VertreterInnen staatlicher Institutionen in diesem Zusammenhang von nur sehr vereinzelten eindeutigen Feststellungen im Bereich politisch motivierter, rechtsextremer Kriminalität gegen nicht-rechtsextremistische Personen ausgeht, berichten zivilgesellschaftliche Akteure für die Jahre 2010 und 2011 von einer größeren Anzahl solcher Vorfälle. Hierbei handele es sich aus Sicht der Befragten durchaus auch um körperliche Übergriffe und Körperverletzungsdelikte gegenüber MigrantInnen, politisch linksorientierten Jugendlichen und BesucherInnen einer lokalen offenen Jugendeinrichtung sowie um Sachbeschädigungen an dem Haus selbst, welches jene Jugendeinrichtung beherbergt.

Die benannten Ereignisse unterstreichen eine hohe Gewaltbereitschaft und durchaus aktionistische Orientierung der Angehörigen des Bergedorfer rechtsextremen Spektrums, lassen jedoch auch eine wenig strukturierte Vorgehensweise sichtbar werden.

Zudem wurde auch von Propaganda- und Vandalismusdelikten berichtet. Diese umfassen u. a. das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, so bezeichneter »Hakenkreuzschmiereien« und das wiederholte Anbringen von rechtsextremistischen Parolen und Schmierereien an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, in Schulen und an einer offenen Jugendeinrichtung. Außerdem wurden im Bürgerschaftswahlkampf 2011 gezielt Wahlkampfmaterialien und -schilder anderer Parteien gestohlen oder zerstört.

In den Jahren 2010 und 2011 ist es im Bezirk Bergedorf mehrfach zum Stören von Veranstaltungen durch AnhängerInnen rechtsextremer Organisationen bzw. durch rechtsextreme Personen gekommen. Ausgewählt wurden für dieses öffentlichkeitswirksame Auftreten der rechtsextremen Szene stets Veranstaltungen, die sich entweder mit den Verbrechen der extremen Rechten im Verlauf der Geschichte auseinandersetzen (wie beispielsweise die Ausstellung »Opfer rechter Gewalt in Deutschland seit 1990« in der Hochschule für Angewandte Wissenschaften im September 2010) oder aber die sich mit der aktuellen Verfasstheit und den Strategien der rechtsextremen Szene einerseits sowie den möglichen Gegenstrategien zivilgesellschaftlicher AkteurInnen andererseits beschäftigen (wie beispielsweise die ver.di-Kampagne »NPD – Kehrt Marsch« im KulturForum Serrahn).

Schließlich wurde von einzelnen Versuchen rechtsextremistischer Personen berichtet, unter dem Deckmantel eines privaten Anlasses Räume, beispielsweise in Kleingartenvereinen, für Feierlichkeiten der Szene anzumieten.

Einen zentralen Bereich des Agierens rechtsextremer AkteurInnen mache nach Ansicht einiger ExpertInnen die auf Nachwuchsgewinnung angelegte Arbeit im vorpolitischen Raum aus. Diese gestalte sich häufig so, dass gefestigte RechtsextremistInnen den Kontakt zu weitestgehend unpolitischen Bevölkerungsgruppen über Strategien, in denen sie sich und ihre Gesinnung nicht gleich zu erkennen geben, suchen und anschließend versuchen, diese Personengruppen für ihre Zwecke zu agitieren und für das Spektrum der extremen Rechten zu mobilisieren. So könne man den Versuch von Personen aus der rechtsextremen Szene beobachten, an bestimmten Orten im öffentlichen Raum Bergedorfs, beispielsweise im Schlosspark, den Kontakt zu unpolitischen Jugendszenen über niedrigschwellige Kommunikationsangebote oder die Bereitstellung von Alkohol herzustellen. Das Vorgehen bzw. die Strategie der RechtsextremistInnen erinnere dabei stark an die Rekrutierungsarbeit, die bereits in den 80er Jahren erfolgreich war und die damals zur Entstehung einer starken Neonaziszene in Bergedorf geführt habe.

Es lassen sich auch Versuche der extremen Rechten beobachten, sich gerade im Jugendbereich die Kleidungs- und Musikstile sowie bestimmte Codes und Merkmale anzueignen und damit andere Jugendkulturen nachzuahmen. Auf diese Weise würden sich die Neonazis unsichtbar machen, um ihre Ideologie und ihre Strukturen ungehindert ausbreiten zu können. Hierbei spielten Gruppierungen wie »Fußballhooligans« eine wichtige Rolle, die zwar grundsätzlich unpolitisch seien, sich aber in einzelnen Fällen durchaus einer rechtsextremen Ideologie öffnen würden.

Zwei Strukturmerkmale Bergedorfs, die gleichsam eine Besonderheiten des Bezirks darstellten, würden nach Einschätzung einer befragten Person die Ausbreitung rechtsextremistischer Aktivitäten begünstigen: Zum einen zeichne sich der Bezirk Bergedorf dadurch aus, dass er einerseits dörflich geprägte Stadtteile wie die Vier- und Marschlande, andererseits aber auch Stadtteile oder aber bestimmte Straßenzüge von Stadtteilen aufweise, in denen aufgrund von vergangenen Neu- und Sozialbauprojekten viele Menschen auf engstem Raum zusammen lebten. In beiden dieser – sehr unterschiedlichen – Regionen Bergedorfs wird ein aus Sicht von RechtsextremistInnen durchaus ansprechbares Klientel, welches unter Umständen für entsprechendes Gedankengut aufgeschlossener sein könnte als dies in anderen Regionen Hamburgs der Fall wäre, vermutet. Zum anderen könne die im Bezirk Bergedorf stattfindende Verdrängung Jugendlicher aus dem öffentlichen Raum und die gleichzeitig nicht angemessen zur Verfügung gestellte soziale Infrastruktur für den Bereich Jugend dazu führen, dass neonazistische und rechtsextremistische Personen mit ihrer Rekrutierungsarbeit und dem Versuch der Indoktrinierung bis dahin unpolitischer Jugendlicher Erfolge zeigen könnten.

Engagement lokaler zivilgesellschaftlicher und staatlicher AkteurInnen gegen Rechtsextremismus

Auf lokaler Ebene wurden insgesamt eine Person aus der lokalen Polizeidienststelle, zwei LokalpolitikerInnen, MitarbeiterInnen einer Schule und einer offenen Jugendeinrichtung, Mitglieder eines regionalen Bündnisses sowie einer in Bergedorf ansässigen antifaschistischen Gruppe nicht nur in ihrer Funktion als ExpertInnen im Zusammenhang mit dem Thema Rechtsextremismus zu ihrer Wahrnehmung der lokalen rechtsextremen Szene befragt, sondern auch dazu, auf welchen Ebenen ihr jeweiliges Engagement stattfindet, welche konkreten Aktivitäten gegen Rechts es im Bezirks bzw. Stadtteil gab und gibt und wie möglicherweise eine Vernetzung und überregionale Zusammenarbeit aussieht.

Eine entscheidende Institution im Engagement gegen Rechtsextremismus in Bergedorf, dem ein Großteil der Befragten angehört, ist ein regionales Bündnis staatlicher und zivilgesellschaftlicher AkteurInnen, welches sich gegen Rechtsextremismus engagiert (fortan: regionales Bündnis). Das regionale Bündnis verfolgt den Zweck, Rechtsextremismus sowohl politisch, als auch anlässlich von geplanten Aktionen und zwecks Reaktionen entgegen zu treten. Für das Engagement gegen Rechtsextremismus im Bezirk ist das regionale Bündnis aus Perspektive fast aller interviewten ExpertInnen die zentrale Institution. Mit wenigen Ausnahmen wurde das regionale Bündnis explizit als bedeutsam für die Arbeit gegen Rechtsextremismus genannt. Es hat seine Ursprünge bereits in den 80er Jahren und wurde im Zuge des Protests und der Aktionen rechtsextremer AkteurInnen gegen den geplanten Moscheebau in Bergedorf im Jahr 2007 wiederbelebt. Seither tagt es in unregelmäßigen Abständen mehrmals im Jahr. Damals wie heute sind im regionalen Bündnis neben VertreterInnen der Bergedorfer Bezirksverwaltung außerdem LokalpolitikerInnen der etablierten Parteien, die Polizei, verschiedene Institutionen wie Schule, Kirche und die Bergedorfer Zeitung, aber auch Vereine, Verbände, kulturelle Einrichtungen (wie beispielsweise das Bergedorfer Museum) und das Antifaschistische Bündnis Bergedorf vertreten. Anlassbezogen wurde und werde seitens des regionalen Bündnisses auch mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der IGBCE, mit der Kirche, der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Attac oder dem Haus im Park zusammengearbeitet. Dadurch sei die grundsätzlich schon im regionalen Bündnis gegebene, hohe Bandbreite unterschiedlicher Perspektiven in der Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus noch einmal erweitert.

Das regionale Bündnis versteht sich als Plattform, auf der die AkteurInnen und Institutionen im Bezirk Bergedorf zusammentreffen und auf der das Wissen über rechtsextreme AkteurInnen und Aktivitäten, welches bei den einzelnen Teilnehmenden besteht, zusammengetragen und der gesamten Bandbreite an Bergedorfer Institutionen, die sich im Rahmen ihrer Arbeit explizit oder implizit gegen Rechtsextremismus engagieren, zugänglich gemacht werden kann. Zudem werden gemeinsame Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus erarbeitet. Auf diese Weise könnten Ressourcen und Wissen gebündelt und effektiv in der Arbeit gegen Rechtsextremismus eingesetzt werden. Dieser Vernetzungsaspekt ist laut Ansicht mehrerer befragter Personen der größte Nutzen des regionalen Bündnisses, denn durch die persönlichen Verbindungen und kurzen, informellen Wege zwischen den Beteiligten, gerade auch über solche Personen, die noch über das regionale Bündnis hinaus im Bezirk vernetzt sind, entstehe die Möglichkeit, Rechtsextremismus in Bergedorf und seinen zentralen AkteurInnen auch wirksam und dauerhaft etwas entgegen zu setzen. Auf kurzfristig bekannt werdende Aktionen rechtsextremer AkteurInnen kann außerdem schnell und in großer Bandbreite reagiert werden, da das regionale Bündnis sowohl über einen E-Mail- als auch über einen SMS-Verteiler miteinander vernetzt ist.

Mit dem regionalen Bündnis verfügt der Bezirk im Engagement gegen Rechtsextremismus nicht nur über eine Institution, die bereits über einen langen Zeitraum die verschiedenen relevanten AkteurInnen und Institutionen zu diesem Thema vereint, sondern zudem über ein in den Bezirk integriertes bzw. eng mit der Bezirksverwaltung verwobenes Gremium, das sich explizit dem Thema Rechtsextremismus zuwendet. Durch die fest institutionalisierte Anbindung des Engagements gegen Rechtsextremismus an die Politik auf Bezirksebene wird zugleich eine gezielte und kontinuierliche Beschäftigung seitens abgeordneter ParteienvertreterInnen mit dem Thema Rechtsextremismus gewährleistet.

Grundsätzlich wird die gute Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung, Vereinen, Initiativen und lokaler Antifa im Rahmen des regionalen Bündnisses gelobt. Einige der Befragten äußerten jedoch auch Kritik an dem regionalen Bündnis. So sei der Umgang mit Rechtsextremismus trotz des großen Engagements teilweise von dem übergeordneten Ziel überdeckt, den Ruf Bergedorfs im Zusammenhang mit Rechtsextremismus aufzuwerten. Obwohl mit dem Regionalbündnis und dessen Arbeit eine eindeutige Positionierung gegen Rechtsextremismus vorgenommen werde, stehe dem konkreten und entschiedenen Handeln jedoch aus Sicht einiger ExpertInnen zuweilen der Wunsch der Bezirksverwaltung entgegen, das Image von Bergedorf zu rehabilitieren und nicht das Interesse neonazistischer und rechtsextremer AkteurInnen oder aber der Öffentlichkeit auf sich ziehen zu wollen. Trotz dieses Kritikpunkts überwiegt zwischen den Befragten

jedoch die positive Bewertung des regionalen Bündnisses und der hierdurch geleisteten Arbeit gegen Rechtsextremismus.

In den Aussagen der lokalen ExpertInnen zeigte sich ein sehr unterschiedliches Begriffsverständnis von Rechtsextremismus, was wiederum zu einer stark differierenden Beurteilung der derzeitigen Situation in Bergedorf führte. Dieser Umstand spiegelt sich – wie weiter oben andeutungsweise dargestellt – in vielfältiger Weise in den Ausführungen der ExpertInnen wider, unter anderem bei der Eingrenzung des Beobachtungsgegenstands bzw. des Zielobjekts des jeweiligen Engagements, bei der Bewertung bestimmter Ereignisse, Aktivitäten und Strategien mit rechtsextremistischem Hintergrund oder bei der Einschätzung des lokalen subkulturell geprägten, rechtsextremistischen Milieus. Es zeigt sich auch in der Fokussierung auf strafrechtlich relevantes Verhalten einerseits oder alltagsrelevante Aktivitäten rechtsextremer AkteurInnen andererseits, in Bezug auf gesamtgesellschaftliche Phänomene, die u. a. auch ursächlich für die Entstehung von Rechtsextremismus sein könnten, bei der Beurteilung der zu wählenden Strategie im Umgang mit Rechtsextremismus sowie in der Haltung gegenüber dem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechtsextremismus.

Die lokalen ExpertInnen formulieren mit Blick auf den Umgang mit dem Phänomen Rechtsextremismus auch eine Reihe von Wünschen: Für eine verbesserte und vor allem präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus sollten sowohl Schulen als auch Träger der außerschulischen Bildungsarbeit häufiger und umfassender als bisher in die Aufklärung von Kindern und Jugendlichen hinsichtlich des Themas Rechtsextremismus bzw. der von ihm ausgehenden Gefahren einbezogen werden. Hierzu könnten die Angebote und die Arbeit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme beispielsweise über Projektwochen in den Schulunterricht eingebunden werden. Zudem könnte die Bildungsarbeit an Schulen durch externe ReferentInnen zum Thema Rechtsextremismus verstärkt werden. Allerdings setze eine präventive schulische Arbeit gegen Rechtsextremismus noch vor der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Thema selbst an: Für eine nachhaltige Vermeidung der Entstehung rechtsextremistischer Einstellungs- und Verhaltensmuster müsste SchülerInnen in der Schule zunächst selbst auf der Grundlage demokratischer Standards begegnet werden.

Hinsichtlich einer interventiven Arbeit im Umgang mit Vorfällen an Schulen, die auf einen rechtsextremistischen Hintergrund schließen lassen, halten es die Interviewten für notwendig, das Gespräch über den jeweiligen Vorfall nicht nur mit der SchülerInnenschaft insgesamt, sondern auch und gerade mit der Täterin bzw. mit dem Täter zu führen. In einem solchen Dialog müssten zwar seitens der Schule klare Bekenntnisse gegen Rechtsextremismus und gegen jedwede Form rechtsextremistischer Aktivitäten formuliert werden. Dennoch sei es unabdingbar, die Ausführenden einer rechtsextremistisch motivierten Tat ebenfalls zu Wort kommen zu lassen. Die Thematisierung eines Vorfalls müsse dann auch in eine Auseinandersetzung mit dem weiteren, beispielsweise historischen Kontext münden. So müsse u. a. erarbeitet werden, welche Bedeutung bestimmte Symbole und/ oder sonstige Kennzeichen rechtsextremistischer Organisationen haben.

Auch für die außerschulische Jugendarbeit wurde für den Umgang mit Vorfällen, die auf einen rechtsextremistischen Hintergrund schließen lassen, davor gewarnt, diese Jugendlichen vorschnell in eine spezifische politische und gesellschaftliche Ecke abzudrängen. Vielmehr sei es auch hier wünschenswert, dass, unter Einhaltung der strikten Ablehnung rechtsextremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen, seitens der pädagogischen Fachkräfte mit der bzw. dem Jugendlichen im Gespräch geblieben werde, um nicht zuletzt mögliche Ursachen einer Tat oder aber geäußerten Einstellung ergründen zu können.

Einen weiteren Teil der geäußerten Veränderungswünsche bezogen die befragten AkteurInnen auf die Gestaltung ihrer eigenen Arbeit gegen Rechtsextremismus bzw. auf die Arbeit innerhalb der Netzwerke, in denen auch sie selbst Mitglied sind. Als eine Vorbedingung könne gelten, dass sich die Engagierten zunächst ausdrücklich mit der Geschichte Bergedorfs während des Dritten Reichs beschäftigen sollten, beispielsweise mit der Rolle Bergedorfer Firmen, die während des Zweiten Weltkriegs von der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen aus Gefangenenlagern profitierten.

Grundsätzlich, und lange bevor es zu rechtsextremistischen Vorfällen kommt, sollte viel stärker auf die positive Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders geachtet und die Grundlage für einen generell wertschätzenden Umgang zwischen Menschen hergestellt werden. Erstrebenswerte Ziele einer im weitesten Sinne Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus sind aus Sicht vieler ExpertInnen die Förderung von Integration im Bezirk, die Vermeidung von Ausgrenzung bestimmter sozialer und/oder migrantischer Gruppen sowie von Bedingungen bzw. einem gesellschaftlichen Klima, in dem sich rechtsextremistische Einstellungen entwickeln können. In die Gestaltung einer Gesellschaft, in der es möglichst wenige Ausgeschlossene gibt und die soziale Ungleichheiten nivelliert, sollte somit auch die Parteipolitik stärker eingebunden werden. In diesem Sinne wurde der Wunsch bzw. die Forderung an die Politik formuliert, bei ihren Entscheidungen, gerade im sozialen Bereich, immer auch die Auswirkungen zu berücksichtigen, die diese auf das gesamtgesellschaftliche Klima und auf die Stellung bestimmter Bevölkerungsgruppen habe. So habe sie dafür Sorge zu tragen, dass ihre Beschlüsse nicht zu einer stärkeren Spaltung der Gesellschaft führen. Dies könne nur bewerkstelligt werden, indem die Ursachen sozialer Ungleichheit behoben und über Sozial- und Wohnungspolitik beförderte Segregation von MigrantInnengruppen aufgehoben werde. Auf diese Weise könne nach Ansicht eines Experten nachhaltig verhindert werden, das RechtsextremistInnen soziale Themen besetzten und darüber eine Verbreiterung ihrer Basis gelänge.

Gerade im Zusammenhang mit dem Engagement gegen Rechtsextremismus fordern einige befragte ExpertInnen auch von der Lokalpolitik eine höhere Beteiligung an sowie eine größere Wertschätzung von Projekten und – gerade explizit antifaschistischen – Initiativen,

die sich aktuellen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, aber auch der deutschen Geschichte im Zusammenhang mit dem Hitler-Faschismus und dem Holocaust widmen.

Einer Spaltung der Gesellschaft bzw. der Abwendung bestimmter Bevölkerungsteile von dem Gemeinwesen müsse schließlich auch dadurch begegnet werden, dass Menschen mehr dazu ermuntert würden, sich an einem lebendigen und demokratisch verfassten Gemeinwesen zu beteiligen. Zivilgesellschaftliche Gremien und Institutionen müssten dazu entsprechend attraktiv gestaltet, finanziell gefördert und anerkannt werden. Auf diese Weise könne eine Wertschätzung gegenüber der Demokratie entstehen bzw. erhalten bleiben.

Forschungsdesiderate

Die Zusammenschau der durch die Dokumentenanalyse und die mit den mit den überregionalen und regionalen ExpertInnen geführten Interviews gewonnenen Aussagen lässt zum einen die Annahme zu, dass die Breite der Anlage der Untersuchung anhand einer Vielzahl befragter AkteurInnen möglicherweise zu Lasten der Tiefe der Informationen und des Blicks einer Institution auf das Phänomen Rechtsextremismus ging. Zum anderen blieben viele der Befragten nicht nur bei der Betrachtung, sondern auch bei der Bewertung der aktuellen Situation im Zusammenhang mit Rechtsextremismus sehr stark der Position ihrer jeweiligen Institution bzw. der beruflichen oder aber ehrenamtlichen Rolle, im Rahmen derer sie als ExpertInnen zum Thema Rechtsextremismus befragt wurden, verhaftet.

Mit der Untersuchung konnte auch nicht die Frage beantwortet, inwieweit die unterschiedliche Wahrnehmung und Bewertung des jeweils vorgefundenen Rechtsextremismus ein Resultat differierender Blickwinkel der in die Untersuchung einbezogenen Institutionen bzw. der Auswahl der konkret befragten Personen darstellt oder es sich aber bei dem Rechtsextremismus in Bergedorf um ein Phänomen handelt, welches stark ausdifferenziert ist und die befragten AkteurInnen aus diesem Grund unterschiedliche Aspekte – und eben jeweils möglicherweise nur Teilaspekte – des Ganzen wahrnehmen.

Unter Berücksichtigung der aus den Interviews mit den ExpertInnen gewonnenen Erkenntnisse lassen sich abschließend einige Handlungsempfehlungen formulieren, mit denen das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg das Engagement der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure gegen Rechtsextremismus in Bergedorf zusätzlich unterstützen könnte.

So könnten über eine ausschließliche und vertiefte Befragung von Schulleitungen, Lehrkräften und von MitarbeiterInnen in Jugendeinrichtungen möglicherweise bisher nicht durch diese Untersuchung erfassbare und erfasste Erkenntnisse gewonnen werden. Auch Jugendliche zu dem Vorhandensein rechtsextremer AkteurInnen, Aktivitäten und Strukturen an einem bestimmten Ort zu befragen, könnte hilfreich sein, denn diese wurden nicht nur als potentielle Zielgruppe rechtsextremistischer Agitationsbemühungen identifiziert oder durch bestimmte Entwicklungen in subkulturellen Milieus angesprochen, sondern verfügen auf für Erwachsene nicht oder schlecht zugänglicher Ebene über ein eigenes ExpertInnenwissen.

Ein Aspekt, der in den Interviews behandelt wurde, waren mögliche Gründe dafür, dass die untersuchte Region für eine rechtsextremistische Szene bzw. für AkteurInnen und Aktivitäten mit rechtsextremen Hintergrund in besonderer Weise attraktiv sein könnten. Hierbei wurden durch einige befragte Personen Vermutungen darüber geäußert, welche Bedeutung die Einstellungsmuster bestimmter Bevölkerungsteile in der untersuchten Region für die Etablierung und Ausweitung einer rechtsextremistischen Szene haben könnten. So wurde zum Beispiel mehrfach vermutet, dass in bestimmten Regionen des Bezirks Bergedorf ein Einstellungspotenzial vorliegen könnte, welches etwaigen Mobilisierungsversuchen rechtsextremer AkteurInnen als geeigneter Nährboden dienen könnte. Um die im Rahmen einiger Interviews geäußerte Vermutung über derartige Zusammenhänge verifizieren oder aber falsifizieren zu können, könnte beispielsweise eine Befragung bestimmter Bevölkerungsteile vor Ort durchgeführt werden. Vermutungen einzelner InterviewpartnerInnen, denen zufolge Bergedorf aufgrund seiner Lage für die rechtsextreme Szene als Brücke zu den ostdeutschen Bundesländern fungiere, könnten möglicherweise über einen Austausch mit den KollegInnen aus den Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg verifiziert oder falsifiziert werden.